

DIE HALBIERTE FREIHEIT

Armut und Solidarkultur

Martin Schenk

Armut ist einer der existenziellsten Formen von Freiheitsverlust. Armut ist nicht nur ein Mangel an Gütern. Es geht immer auch um die Fähigkeit, diese Güter in Freiheiten umzuwandeln. Güter sind begehrt, um der Freiheiten willen, die sie einem verschaffen. Zwar benötigt man dazu Güter, aber es ist nicht allein der Umfang der Güter, der bestimmt, ob diese Freiheit vorhanden ist. Die Freiheit zum Beispiel über Raum zu verfügen: aus einer runtergekommen Wohnung wegziehen können oder eben nicht. Oder sich frei ohne Scham in der Öffentlichkeit zu zeigen oder nicht. In Armut kann man sein Gesicht vor anderen verlieren. Oder die Verfügbarkeit über Zeit: Frauen mit Kindern in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen wie Leiharbeit, die nicht entscheiden können, wann und wie lange sie arbeiten und wann eben nicht. Oder die Freiheit sich zu erholen. Die sogenannte Managerkrankheit mit Bluthochdruck und Infarktrisiko tritt bei Armen dreimal so häufig auf wie bei den Managern selbst. Nicht weil die Manager weniger Stress haben, sondern weil sie die Freiheit haben, den Stress zu unterbrechen: mit einem Flug nach Paris oder einer Runde Golf.

Die Möglichkeit seine Vorstellung von einem guten Leben zu verwirklichen, hängt auch von gesellschaftlichen Strukturen, Lebensgewohnheiten, sozialen Techniken und dem allgemeinen Reichtum ab. Armut wird deshalb nicht allein durch die Ermöglichung höherer Einkommen reduziert, sondern durch eine bessere Gesundheitsversorgung für Einkommensschwache, durch die Beseitigung feuchter Substandardwohnungen, wenn Zukunft nicht von der Herkunft abhängt, wenn Kinder gleiche Bildungschancen haben, wenn man vom Job, den man hat, auch leben kann, wenn Qualifizierung am Arbeitsmarkt für Benachteiligte möglich ist. Es geht in der Armutsbekämpfung um die Erhöhung der „Verwirklichungschancen“ Betroffener, wie es der Wirtschaftsnobelpreisträger und Armutsforscher Amartya Sen formuliert.

Sozialstaat und Freiheit, Solidarität und Individualität schließen einander nicht aus, sondern bedingen und ergänzen einander. Solidarische Risikoversicherung ist Voraussetzung dafür, dass die Werte von Individualität und Freiheit nicht nur ein Privileg der Einkommensstarken und Vermögenden sind, sondern allen Menschen zukommen.

Arme sind Subjekte, keine Objekte ökonomischen Handelns. Von Freiheit können wir erst sprechen, wenn sie auch die Freiheit der Benachteiligten miteinschließt. „Liberalisierung“, die die Wahlmöglichkeiten und Freiheitschancen der Einkommensschwächsten einschränkt, ist eine halbierte Freiheit. Bei der Analyse sozialer Gerechtigkeit geht es immer auch darum, den individuellen Nutzen nach den „Verwirklichungschancen“ der Ärmsten zu beurteilen.

Solidarität wurde ursprünglich als direkte Alternative zur Wohltätigkeit entwickelt, von "den Schwachen" untereinander gegen "die Starken" praktiziert. Solidarität bedeutet immer auch Mißtrauen gegenüber Wohltätern von oben und außen. "Die Schwachen" brachen aus ihrer Situation der Angewiesenheit aus und verweigerten sich der Anerkennung durch "die Starken". Im Jammertal unverbindlicher Appell-Moral jedoch bleiben "die Schwachen" schwach und dem Vergleich mit den Gewinnern weiterhin ausgesetzt.

Die zentrale Geschichte des Helfens, die karitatives und humanitäres Engagement in diesen Breiten seit Jahrhunderten legitimiert und motiviert, ist das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter. Räuber lassen einen Reisenden halb tot im Straßengraben zurück. Jetzt beginnt die Geschichte noch einmal: Ein Mensch bleibt stehen. Er packt den Verletzten auf seinen Esel und bringt ihn zum nächstgelegenen Gasthof. Bezahlt, versichert sich, dass gesorgt ist, und kündigt an, auf dem Rückweg noch einmal vorbeizuschauen. Dann geht der Mann aus Samaria seiner Wege. Also kein seich selbst verzehrender Helfertyp, kein gutmenschlicher Gesinnungsakrobat. Einfach: Unsere Wege haben sich gekreuzt, ich habe das Notwendende getan, ich sichere die Rahmenbedingungen, dass du dich erfängst, ich komme wieder vorbei. Und dann die Frage des Nazareners: „Wer war dem Überfallenen der Nächste?“ Nicht: An wem soll ich Nächstenliebe üben? Hier findet ein radikaler Perspektivenwechsel statt, bricht ein anderer Blick in die Geschichte ein. Die Frage stellt sich aus der Sicht des in Not Geratenen: „Wer ist mein Nächster?“ Mit den Augen des Opfers.

Das unterscheidet sich nun radikal vom Samariter des völkischen Abendlandes, der Opfer braucht – Sündenbock Opfer, um zu sehen. Das unterscheidet sich radikal vom bevormundenden humanitären Gesinnungshandeln, das Opfer braucht – als ständiges Objekt erobernder Fürsorge.

Solidarkultur

Es ereignet sich Solidarität als personales, mitmenschliches Handeln im *privaten* Raum. Menschen begegnen einander von Gesicht zu Gesicht, face to face, und unterstützen einander: ein Mittagessen für die Kinder, die Pflege der Oma, einem Flüchtling Unterschlupf gewähren.

Dann ereignet sich Solidarität als Handeln in Netzen, Vereinen, *Gemeinschaften*: eine Erwerbsloseninitiative, Selbsthilfegruppen oder eine Gruppe in der Pfarrgemeinde, die sich trifft und Gemeinsames unternimmt.

Und als drittes existiert Solidarität als *Gesellschaftsvertrag*, als anonymes Einverständnis: Hilfe bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, im Alter, ...

Nun ist es möglich, dass eine hohe Solidarkultur in face-to-face Gemeinschaften mit einer geringen Solidarität als Gesellschaft einhergehen kann: viele Initiativen und informelle Netze vor Ort, aber ein Viertel der Bevölkerung an der Armutsgrenze. Das ist das System in den USA und auch ansatzweise in England. Und es ist möglich, dass ein mit hoher gesellschaftlicher Solidarität ausgestattetes Gemeinwesen geringes solidarischen Handeln der BürgerInnen aufweist. Das wäre das Modell

Wohlfahrt von oben, paternalistisch, ohne Mitbestimmung. Keine Arbeitslosenarbeitschaft, keine Mitbestimmung von Patienten im Krankenhaus, kein offenes Schulsystem, kein Wahlrecht für Migranten.

Eine moderne Sozialpolitik braucht eine Solidarkultur in der Vermittlung von *Gesellschaft*, *Gemeinschaft* und *Privatem*. Denn solidarisches Handeln im *Privaten* allein heißt Familie und meint unter den aktuellen Bedingungen unbezahlte und letztendlich abhängige Versorgungsarbeit von Frauen. Solidarisches Handeln in der *Gemeinschaft* allein heißt Ausschluß des „Randständigen“, des Dissidenten, des „Ab-Normalen“. So kamen laut einer Studie in den Tiroler Sozialsprengeln Alkoholprobleme, Migranten oder schwierige Jugendliche im bürgerschaftlichen Engagement kaum vor. Und solidarisches Handeln in der *Gesellschaft* allein heißt Delegation an die öffentlichen Einrichtungen und Nichtzuständigkeit allerorts.

Eine entwickelte Solidarkultur macht das Funktionieren und Ineinandergreifen aller drei Bereiche aus. Gefährlich ist eine Politik, die das eine auf Kosten des anderen forcieren will.

Wenn es um Solidarität geht, wird die Bedeutung des anonymen Gesellschaftsvertrags meist unterschlagen. Die Soziale Versicherung ist einer der zentralen zivilisatorischen Errungenschaften neben der Menschenrechtsdeklaration. Die solidarische Absicherung von Lebensrisiken orientiert sich in ihrer Finanzierung an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der BürgerInnen, und in ihren Hilfen am Bedarf unabhängig von Einkommen, Geschlecht oder Alter: nach Einkommen einzahlen, nach Bedarf herausbekommen. Dieser Aspekt von Solidarkultur funktioniert wie das Rettungsauto, dem alle ausweichen, wenn es mit Blaulicht kommt. Wir weichen nicht deshalb aus, weil wir die Person im Krankenwagen kennen und mit ihr mitleiden, sondern weil wir uns denken: „Ich könnte auch einmal da drinnen liegen“.

Gesellschaftliche Solidarität einer inklusiven Gesellschaft funktioniert anders, als eine exklusive Gesellschaft. Sie definiert nicht Gruppen, für die die Solidarität gilt, und schließt andere aus, sondern sie formuliert: „Ich möchte für mich das, was allen anderen auch zustehen soll.“ Das, was mir Chancen gibt und mich in den Risiken des Lebens stützt, das soll anderen im selben Maße zustehen.

So geht es bei Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung um eine Sozialpolitik, die die Betroffenen nicht bevormundet, sondern ihre Freiheitsmöglichkeiten vergrößert. Wie eine Gesellschaft mit den „Ausgegrenzten“, den „Anderen“ umgeht, -seien es Arme, Migranten, Langzeitarbeitslose,...-, ist so etwas wie ein Seismograph für ihren inneren Zustand, nicht zuletzt für ihre Neigung zu Autoritarismus und einer Politik des Sündenbocks. Darum geht es beim Engagement gegen Armut nicht bloß um sozialen Ausgleich, sondern gleichzeitig auch um das Maß an Freiheit in einem Land.

Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie und Mitinitiator der Armutskonferenz